

Staates zu erheben vermochte. Es fehlten ihm nämlich die beiden notwendigen Unterlagen: die Stellvertretung Gottes durch die Staatsgewalt und die Verantwortung derselben vor Gott für die Leitung und den Schutz der Rechte des einzelnen.

Und was an zweiter Stelle als schwere Pflicht der Untergebenen gegenüber der gesetzmäßigen Obrigkeit, wenn möglich noch klarer und bestimmter im Befehle Gottes ausgesprochen wird, das ist der Gehorsam gegenüber allen gerechten Befehlen einer rechtmäßigen Regierung. In kurzer bündiger Weise ist diese Grundlehre des Staatsrechtes im neuen Testament mit den Worten ausgesprochen: „Wer der Obrigkeit widersteht, widersteht der Anordnung Gottes; die aber widerstehen, die ziehen sich die Verdammnis zu. Darum ist es eure Pflicht untertan zu sein, nicht nur wegen der Strafe, sondern auch um des Gewissens willen.“ (Röm. 13.)

Sagt, geliebte Diözesanen, könnte man mit eindringlicheren Worten dem christlichen Volke die Verpflichtung zum Gehorsam gegenüber der von Gott gesetzten Obrigkeit einschärfen?

Bekundet also, geliebte Diözesanen, stets und überall eure Dankbarkeit gegenüber eurem guten Fürsten dadurch, daß ihr ihm in der Tat erweist, was jeder brave Christ nach der Lehre Christi jederzeit seinem rechtmäßigen Fürsten und der von ihm bestellten oder anerkannten Regierung schuldig ist: nämlich Ehrfurcht, Liebe und Gehorsam.

Zum Schlusse bitte ich Euch, geliebte Bistums-kinder, beherzigt in diesen Zeiten allgemeiner Gärung, wo verderbliche Irrtümer noch zahlreicher als die Keime ansteckender Krankheiten durch die Lüfte schwirren — beherzigt die Mahnung des göttlichen Heilandes: „Hütet euch vor falschen Propheten.“ (Matth. 7, 15).

Hütet Euch vor denjenigen, welche die Welt be-reden wollen, es gebe keinen anderen Souverän, als das Volk und das Volk sei Selbstherr und keinem höheren Rechte verantwortlich.

Die moderne Lehre von der schrankenlosen, durch keine rechtlichen Pflichten gebundene Volkssouveränität, ist eine irrige Lehre; sie widerspricht der Lehre Christi und seiner Kirche, wornach jede Gewalt, auch die Staatsgewalt von Gott gesetzt ist, von oben und nicht von unten stammt, und wornach die Träger der Staatsgewalt Gott dem Herrn verantwortlich sind. Das ist katholische Lehre. An ihr haltet unverbrüchlich fest.

Hütet Euch ferner vor denjenigen, welche bestrebt sind, die von der göttlichen Vorsehung gewollte und vom Christentum durch lange Jahrhunderte gehegte und gepflegte christliche Völkergemeinschaft auseinander zu reißen. Sie suchen zwischen den einzelnen Völkern wieder die Scheidewände aufzurichten, welche niederzulegen Christus erschienen ist.

Wisst, geliebte Diözesanen, daß das sogenannte Nationalitätsprinzip ein durchaus unchristlicher Grundsatz ist, der erfahrungsgemäß zum unchristlichen Nationalismus, dadurch zum Nationalhaß, dadurch zur Selbstsucht und zum Hochmut und dadurch zur Auflösung der in Christo geeinten Völkergemeinschaft führt. Seid also, was ein jeder Christ sein soll: Seid zuerst Christen und dann Bürger eines geliebten, aber nicht vergötterten Vaterlandes.

Hütet Euch endlich vor denjenigen, die als Morgenröte allen Völkerglückes das unbedingte Selbstbestimmungsrecht der Völker verkünden und daß zur Herstellung des Nationalstaates Treubruch und Revolution statthaft sei. Laßt Euch durch solche unchristliche Schlagwörter nicht verwirren. Dasset die Toten ihre Toten begraben. Ihr aber haltet in unentwegter Treue fest an eurem von der göttlichen Vorsehung Euch gegebenen ange-stammten Fürsten und der von ihm bestellten oder anerkannten Regierung, und haltet fest an ewigen unabänderlichen Befehlen Gottes, wornach es nicht erlaubt ist, Unrecht zu tun, damit Gutes daraus entspringe. Wer ohne Rechtstitel die Gewalt dem rechtmäßigen Träger entreißt und sie an sich zieht, begeht Raub und Revolution. Das Geschehen der Revolution an sich kann aber nach dem göttlichen Befehle nie ein Recht begründen. Das ist katholische Lehre und Papst Pius IX. hat das Gegenteil als Irrtum feierlich verurteilt (Syll. 64).

Vielleicht Diözesanen! Das Volk des Fürstentums Liechtenstein war von jeher ein religiöses, tiefgläubiges Volk, ein Volk der Gesetzmäßigkeit, der Ruhe und Ordnung. Bewahrt also auch in der allgemeinen Unrast, welche die Völker ergriffen hat, Ruhe und Besonnenheit. Hal- tet allezeit fest an Befehlen Gottes und an der Lehre seiner hl. Kirche; sie ist nach dem Worte des Apostels die Säule und Grundfest der Wahr- heit und sie wird der Fels sein, zu dem die

Völker, durch Schaden klug geworden, einst wie-der hinsteuern werden, um an ihm den Anker zu befestigen, der sie aus dem allgemeinen Schiffbruch retten wird. Nur am Felsen Petri können die Völker die Einheit der christlichen Völkergemeinschaft wieder finden, die sie verloren haben.

In dieser Erkenntnis, die allein eine haltbare Unterlage bilden kann für Völkerglück und Völkerrfrieden und mit den Gefühlen herzlicher Anhänglichkeit und Dankbarkeit gegenüber Gott und eurem rechtmäßigen Landesfürsten feiert den Ge-genstag seines diamantenen Jubiläums — ein treues, wackeres, christliches Volk, des edlen Für- sten würdig und des Segens Jesu Christi! Es segne Euch Gott und es segnet Euch — Fürst, Land und Volk in Vaterliebe

Euer Vater in Christo

Georgius, Bischof.

Gegeben zu Chur, den 12. Nov. 1918.

Der tiefe Eindruck, den diese herrlichen Worte auf die gespannt lauschende Zuhörerenschaft machte, wurde noch erhöht durch das begeistert vor-gebrachte Schlusswort des Herrn Pfarrers, der an ein anderes Jubiläum erinnerte, nämlich an die Abschaffung des Militarismus in unserem Lande vor 50 Jahren. Auch dafür gebühre dem Fürsten heißer Dank, besonders angesichts der Greuel des Weltkrieges.

* * *

Auch wir protestieren. Als wir Unterzeichnete am 8. November durch die Schweizerpresse die Nachricht erhielten: „Auch im kleinen Liechtenstein ist die Regierung gekürzt“, sagten wir uns unwillkürlich: „Das ist unmöglich, oder Stim-mungsmache von gewisser Seite.“ — Das Liech-tensteiner „Volkblatt“ Nr. 45 brachte die Be-stätigung jenes Telegrammes. Infolge des schwei-zer. Landesstreikes erhielten wir erst durch obge-nanntes Blatt bestimmte Nachricht aus der Hei-mat. — Mit tiefer Wehmut und innerer Empö-rung nahmen wir Kenntnis von den Vorgängen in Liechtenstein. Daß in den kriegführenden Staaten ein Regierungssturz möglich war, können wir uns erklären; daß aber ein Regierungssturz in Liechtenstein, und dies unter solch ehelosen Be-gleitererscheinungen möglich war, ist uns unerklär-lich, unerklärlich vonseite der beiden Führer, un-erklärlich vonseite der vom Volke gewählten Ab-geordneten und ist unverantwortlich dem hoch-edlen Fürsten und dem Lande gegenüber.

In jener schwachen Landtagsitzung vom 7. November wagte man dieses Vorgehen „gesetz-lich“ zu nennen; wir nennen es Vergeßlichkeit der Abgeordneten und Verfassungsbruch. Wer hat der Umsturzpartei und ihren Anführern hiezu ein Recht gegeben? — Der Fürst? — Nein! — Das Volk? — Nein! — Die Herren haben sich das Recht selbst genommen.

Ungekehrt hat uns das Hoch auf den Landesfür-sten in jener unfeligen Stunde. Zuerst schlägt man dem Fürsten ins Gesicht, und dann — ein „Hoch“ — Ungekehrt hat uns die Vor-rede auf den Landesverweser, nachdem man ihn für die Abdankung reif gemacht! — Das kann nur ein Wappel-Perz.

Mit den vielen Liechtensteinern, die treu zu Fürst und Heimat stehen, erheben auch wir flam-menden Protest gegen den brutalen Staatsstreich! Für ein kath. Volk muß auch heute noch Gottes Gebot Geltung haben, welches uns die Apostel-fürsten verkünden: „Seid untertan jeder mensch-lichen Obrigkeit um Gottes willen, der höchsten wie der niederen, denn so ist es der Wille Got-tes. — Jedermann sei der Obrigkeit untertan, denn es gibt keine Gewalt außer von Gott und wer sich der Gewalt widersetzt, der widersteht sich Got-tes Anordnung.“

Folgende Bemerkungen können wir nicht unter-brücken: 1. Wir wünschen niemand Böses, aber wir fürchten für Land und Volk. Denn „wer Wind sät, wird Sturm ernten“. Das böse Wei-spiel von oben wirkt nach unten! —

2. Die Beratung betreffend einer Waffen- und Munitionsbefestigung in Innsbruck wirkt auf die neue Regierung ein sonderbares Licht. Bisher wurde Liechtenstein ohne Waffen regiert. Wozu nun Waffen? Gelten sie den Feinden von Innen oder dem Feinde von Außen? — Wir hätten eher von einer neuen „Regierung“ ein bestimmtes Programm für das Wohl des Volkes erwartet.

3. Die Vorgänge vom 7. Nov., dem Jahrestage der Revolution und Einführung der Bolschewiki-Regierung in Rußland, tun uns bitter wehe un-seres hochedlen Landesvaters wegen, der am 12. November sein 60-jähriges Regierungsjubiläum feiert und mit ihm sein treues Liechtensteiner

Volk. Die Vorgänge vom 7. Nov. tun uns auch bitter wehe eines Hrn. Landesvikars Büchel und eines Hrn. Dr. Albert Schädler wegen, die wie keine andern seit 30 Jahren mit Liebe und Treue am Wohle des Vaterlandes im Staats- und Schul-wesen gearbeitet haben. — Undank tut weh!

4. Unserem lieben Liechtensteiner Volk aber ru-fen wir zu: Treu zur Kirche, treu zu Fürst und Vaterland. Zwietracht trennt, Eintracht macht stark!

Möge der allgütige Gott, wie bisher, auch fer-nerhin unser geliebtes Liechtenstein als Friedens-insel erhalten.

Zürich, den 17. Nov. 1918.

Kan. Basilius Vogt, Pfarrer in Zürich.

Johann Büchel, Pfarrer in Verikon.

Heinrich Vogt, Vikar und Präses des Gefellen-verein Zürich.

Aus Oesterreich. Es bestehen Gerüchte, Liechten-stein sei Republik und hätte sich der Schweiz an-schließen wollen. Ueberall hört man sagen, falls dies Wirklichkeit wäre, müßten die Liechtensteiner direkt verblendet und irreführt worden sein.

So dankt die Bevölkerung einem großen, nur wenige Tage vor seinem Jubiläum stehenden, edlen, über alle Gänge weithin bekannten Wohltäter und Regenten!

Sogar Gegner sprechen mit Entrüstung darüber, weil ihnen bekannt ist, was die dortige Bevölkerung an Staatsabgaben zu leisten hat.

Könnte man nicht durch Versammlungen, geleitet von beherzten Männern, die sicher auch dort zu finden sein werden, eine Gegenströmung einleiten? Die 10,000 Landeseinwohner würden mit der Re-publik ja in einen recht sauren Apfel beißen!

(Indem ich der Schriftleitung des „Volkblattes“ obige Äußerungen eines Ausländers übergebe, möchte ich doch bemerken, daß es für uns Liechten-steiner eine Schande ist, daß man solche Gerüchte im Ausland verbreiten kann. Allerdings müssen jene Heher, die seit Jahren geheim und offen, durch Schrift und Wort das Volk verheßt haben, aus ihrem Herzen jetzt noch eine Würdegrube machen, sonst würden sie am 7. November, dem schwarzen Tage Liechtensteins, die Republik ausgerufen haben).

Finanzwache. Um irrigen Auffassungen vorzu-beugen, wird hiemit darauf aufmerksam gemacht, daß die Finanzwache auch weiterhin in Liechten-stein auf vertraglichem Boden steht und ihres Amtes wie bisher weiter zu walten hat.

Baduz. Milchversorgung. (Eingef.) Seit dem 1. November hat die Baduzer Sozialnotstands-kommission die Milchversorgung neu geregelt. Kinder bis zu 2 Jahren erhalten 1 Liter, bis zu 10 Jahren 1/2 Liter und darüber 1/4 Liter Milch, Leute über 60 Jahre bekommen ebenfalls 1/2 Liter. Dabei ist nun die Milchversorgung zentralisiert, das heißt alle Verbraucher müssen ihre Milch aus der Sennerei holen; der private Milchhandel ist untersagt.

Man sieht, die Baduzer haben sich die Verhält-nisse kriegführender Staaten zum Vorbild genommen. Die Milchmengen sind allenthalben zu knapp be-messen. Für ein Kind ist 1 Liter Milch zu wenig, da es ja fast ausschließlich davon leben muß. Was heißt es, Kinder über 2 Jahren mit täglich 1/2 L. zu versorgen? Die Unterernährung, die ohnehin schon weit genug vorgeschritten ist, weiter fördern! Dann 1/4 Liter für Erwachsene! Man sollte es nicht für möglich halten, daß sich Gemeinden auf dem Lande eine solche Milchversorgung leisten. — (Wir ent-halten uns in dieser Frage eines Urteils. Schriftl.)

Der Weltkrieg.

Die Räumung der besetzten Gebiete.

Berlin. Die Räumung der besetzten Gebiete im Westen geht bisher, soweit es sich um den Abmarsch geschlossener Truppenteile handelt, plan-mäßig vor sich. Trotz großer Schwierigkeiten ist es bisher auch gelungen, ausreichende Verpfle-gung heranzuschaffen. Wenn der Nachschub aus der Heimat gesichert bleibt und nicht durch Bahn-störungen oder Bahnunterbrechungen gestört wird, wird sich der Abmarsch voraussichtlich auch weiter-hin glatt abwickeln. Teile der im rückwärtigen Ge-biet der Westfront untergebrachten Truppen haben, beunruhigt durch alarmierende Nachrichten unbe-rufener Leute, die sich als Angehörige von heimat-lichen Arbeiter- und Soldatenräten deklarieren, tatsächlich aber diesen völlig entgegenarbeiten, ihre Truppenteile verlassen und strömen der Heimat zu. Sie bilden für den geregelten Abmarsch der Heere und die Versorgung des Heeres und der Heimat eine ernste Gefahr, die nur durch zielbe-wußtes und tatkräftiges Handeln der Heimat-behörden behoben werden kann.

Die Räumung der besetzten Gebiete und des